

KURZ UND PRÄGNANT

Verwaltungsreform

„Die CDU will ganz offensichtlich ihre Macht durch die Schaffung von Großbehörden auf Landesebene zementieren“, so MdL Frank Kuschel zu Plänen, wonach die mehr als 30 Landesbehörden in acht Großämtern über den Verwaltungsweg konzentriert werden sollen. Damit werde der dreistufige Verwaltungsaufbau in Thüringen in Stein gemeißelt. Die Ministerpräsidentin müsse endlich dafür sorgen, dass der Bericht ihrer Regierungskommission dem Landtag und der Öffentlichkeit zugeleitet wird. DIE LINKE im Landtag erneuert ihre Forderung nach einem Vorschaltgesetz zur Verwaltungs- und Gebietsreform, in dem der Rahmen und die Ziele klar definiert werden. Dabei ist insbesondere zu klären, inwiefern eine Kommunalisierung von Aufgaben ein höheres Maß an demokratischer Kontrolle und Steuerung garantiert. ■

Kulturregionen

Der Kyffhäuserkreis und der Kreis Nordhausen sowie Sonneberg und Hildburghausen wurden als Modellregionen für überregionale Kulturentwicklungskonzeptionen ausgewählt. MdL Dr. Birgit Klaubert verwies auf die Chance für zukunftsfähige Netzwerke und Synergien, zeigte sich aber auch „enttäuscht darüber, dass Ostthüringen keine Modellregion geworden ist, zumal dort mit der politisch gewollten Theaterfusion natürlich eine gute Grundvoraussetzung für die noch engere kulturelle Verzahnung der Region vorliegt“. Diese Region mit ihren „Kulturperlen“ brauche unbedingt eine verbindende Schnur. „Aber ich denke, dass diese auch unabhängig vom Modellversuch der Landesregierung gemeinsam gefunden werden kann“, so die Altenburger Politikerin der Linksfraktion im Landtag.

Dazu könnten die Akteure auf vielen bereits bestehenden Kooperationen aufbauen und so auch die Hemmnisse vor überregionalem Zusammenwirken zwischen Gera, dem Altenburger Land und dem Landkreis Greiz langsam abbauen. „Ich habe viel dieses Zusammenarbeitens auf der Ostthüringen-KulturTOUR erlebt und weiß, dass wir uns trotz der Lage als Randregion von Thüringen nicht verstecken müssen.“

Birgit Klaubert kündigte an, dass die Linksfraktion die Entwicklung des Modellversuchs begleiten wird. Sie wünsche sich, „dass die Landkreise Nordhausen und der Kyffhäuserkreis sowie Sonneberg und Hildburghausen einen für ihre Regionen erfolgreichen Prozess durchlaufen, dessen Ergebnis sie auch praktisch umsetzen können und wollen“. ■

Mit zweierlei Maß

Untersuchungsausschuss: Geheimdienst warnte selektiv vor Neonazi-Unterwanderung

Im Fall des Neonazis und früheren Spitzels des Thüringer Verfassungsschutzes Kai-Uwe Trinkaus haben die Landesregierung und ihre Behörden mit zweierlei Maß gemessen.

Während der Geheimdienst der damaligen CDU-Alleinregierung den Landesvorsitzenden des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) und Abgeordneten der Regierungsfraktion Egon Primas 2007 vor der Unterwanderung seines Vereins durch Neonazis und vor Trinkaus warn-

te, ließ die Regierung Abgeordnete der Opposition, Gewerkschaften und Vereine ins offene Messer laufen.

Das wurde in den öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses „V-Leute gegen Abgeordnete“ des Thüringer Landtags klar. In zwei ganztägigen Sitzun-

gen wurden am 26. und 29. August weitere Zeugen angehört, die zwischen 2005 und 2010 von den Aktionen des Neonazis und Geheimdienst-Spitzels Trinkaus betroffen waren. Egon Primas (CDU) schilderte, wie er 2007 zweimal von Mitarbeitern des Dienstes im Landtag aufgesucht und vor der Unterwanderung des BdV durch NPĐ-Aktivistinnen gewarnt wurde. Einmal machte sich dafür eigens der damalige Chef der Spitzel-Behörde, Thomas Sippel, auf den Weg ins Parlament. Primas betonte, ohne die Warnung hätte der BdV, der damals politisch schweren Bedrängnis war, wahrscheinlich nicht überlebt.

Keine Warnung erhielt dagegen Birgit Pelke (SPD). Sie war damals Vizepräsi-

dentin des Landtages und Chefin des Erfurter Sportbundes. Zu einer Bildungsveranstaltung für Sportvereine zum Umgang mit Neonazis hatte sich auch Andy Freitag angemeldet, ein politischer Ziehsohn von Trinkaus. Die militante Rechte hatte damals in Erfurt einen Verein für Kampfsport gegründet, war in den Landes- und Stadtsportbund eingetreten und konnte in einer städtischen Halle trainieren. Davon wusste der Geheimdienst – und tat nichts. Auch war bekannt, dass Neonazis zu

tagsverwaltung, berichtete, dass durch das geplante Praktikum des damaligen Nazi-Funktionärs Patrick Paul in der Parlamentsverwaltung und den wiederholten Störungen durch NPĐler der Landtag nachhaltig beschädigt wurde. Sicherheitsvorkehrungen mussten erhöht werden, die Zusammenarbeit mit der Universität Erfurt bei der Ausbildung von Studierenden habe auf der Kippe gestanden. Katja Fiebiger, Mitarbeiterin bei der Beratungsstelle „Mo-bit“, schilderte dem Ausschuss, dass Trinkaus in der Neonazi-Szene damals eine wichtige Führungsfigur war. Mit seinem Erscheinen hätten sich die Aktivitäten der Szene gesteigert, wurden die Methoden perfider.

Am 26. August informierte der MDR über einen geheimen Bericht zum Fall Trinkaus, der von der „Parlamentarischen Kontrollkommission“ des Landtages in Auftrag gegeben worden war. Im sogenannten „Engel-Bericht“ werde laut MDR Klartext gesprochen: Trinkaus hätte nie als V-Mann angeworben werden dürfen, mit seiner Führung habe das Amt massiv gegen eigene Vorschriften verstoßen. Auch die Fachaufsicht im Innenministerium habe versagt. Klar sei, dass der Geheimdienst frühzeitig Kenntnis von den Trinkaus-Aktionen gehabt habe. Zudem soll der Bericht Hinweise erhärten, dass Trinkaus von seinem V-Mann-Führer Namen und Adressen politischer Gegner erhalten habe. Mit dem Bericht gerät die amtierende Regierung unter Druck. Denn mit dem damaligen Abteilungsleiter im Innenministerium und heutigem Innenstaatssekretär Bernhard Rieder war ein aktives Mitglied der Regierung eng mit dem Fall betraut.

Mit Zeugen aus der Verwaltung des Landtages und der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Renate Künast, endet im Oktober die Anhörung der Betroffenen. Danach werden ab November Mitarbeiter des Geheimdienstes und der Polizei sowie politisch Verantwortliche vom Untersuchungsausschuss befragt.

Paul Wellsov

V-Mann-Skandal



der Tagung kommen wollten. Doch konkrete Hilfe, so schilderte Pelke, erhielt sie weder vom anwesenden Geheimdienst-Mitarbeiter noch der Polizei, die Trinkaus sogar noch in den Tagungsraum brachte. Die Veranstaltung musste abgesagt werden.

Als weitere Zeugen schilderten die Gewerkschafter Klaus Schüller (DGB), Undine Zachlot (ver.di) und Sandro Witt (DGB) sowie Wolfgang Metz (Westliches Wachhaus, Erfurt) und Martin Borowsky (Deutsch-Israelische Gesellschaft), wie ihre Organisationen von Trinkaus und seinen „Kameraden“ belästigt, bedroht oder unterwandert wurden. Der heutige Justizminister Holger Poppenhäger (SPD), damals Mitarbeiter in der Land-

Humanitäre Aufnahme von Kriegsflüchtlingsen

„Menschenrechte stehen nicht unter Finanzierungsvorbehalt“, betonen Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis90/DIE GRÜNEN) und Sabine Berninger (DIE LINKE). Beide Fraktionen hatten am 4. September in ihren Sitzungen verabredet, zur Landtagssitzung einen Antrag einzubringen, der den Erlass einer Anordnung zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus Syrien vorsieht. „Die Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen, zu der sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, spiegelt nicht annähernd die lebensgefährdende und existenziell bedrohliche Situation in Syrien infolge des dort herrschenden Krieges wider und wird angesichts der mehr als zwei Millionen Flüchtlinge aus Syrien auch nicht ansatzweise der humanitären Ver-

antwortung Europas gerecht“, so Rothe-Beinlich. „Neben allen noch nicht ausgeschöpften diplomatischen und ökonomischen Bemühungen, den Krieg in Syrien zu beenden, ist eines von besonderer Bedeutung: Menschen vor dem Krieg in Sicherheit bringen und ihnen einen sicheren Schutzraum gewähren. Der Verweis auf die Nachbarstaaten Syriens ist angesichts des Ausmaßes der humanitären Katastrophe keinesfalls ausreichend“, so Berninger.

Beide Politikerinnen betonen aber, dass die Aufnahme weiterer syrischer Flüchtlinge in Thüringen nicht von der Übernahme der Lebenshaltungskosten durch in Thüringen lebende Verwandte abhängig gemacht werden darf, wie es der Innenminister derzeit plant. Auch

die Beschränkung auf Verwandte zweiten Grades wird als nicht sachgerecht kritisiert. „Humanitäre Hilfe darf nicht unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Es ist perfide, nur den Menschen Schutz in Thüringen gewähren zu wollen, die diesen Schutzraum bezahlen können“, so Berninger und Rothe-Beinlich. Sie fordern, dass weitere EU-Staaten dem Beispiel Schwedens folgen müssen. Schweden hatte jetzt als erstes europäisches Land beschlossen, allen syrischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Juristisch wird ihnen eine „permanente Aufenthaltserlaubnis“ angeboten, die ihnen selbst einen unbegrenzten Aufenthalt ermöglicht und auch den Weg zum Familiennachzug für Angehörige öffnet. ■